



REISEBERICHT

Syrien – Eurokrise – US-Präsidentschaftswahlen

Besuch in New York und Washington - Mai 2012

Zusammenfassung und Fazit:

Vom 29.05. bis 02.06. reiste Jürgen Trittin zu politischen Gesprächen nach New York und Washington. Dabei standen Termine bei den Vereinten Nationen (u.a. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon), der US-Regierung, Think Tanks und den internationalen Finanzinstitutionen auf dem Programm. Im Vordergrund standen aktuelle Themen der Außenpolitik wie Syrien, Afghanistan und Iran, sowie die Eurokrise und die anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA.

Die Gespräche zu Syrien standen unter dem Eindruck des Massakers von Hula, bei dem wenige Tage zuvor über 100 Menschen ermordet worden waren und das als Wendepunkt („tipping point“) im Syrien-Konflikt betrachtet wird. Unter den Gesprächspartnern bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass der Ball bei Russland liege und diplomatische Aktivitäten am ehesten an die Adresse Moskaus gehen müssten. Ebenso große Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass eine militärische Intervention nicht auf der Tagesordnung stehe.

Hinsichtlich der Atom-Verhandlungen mit dem Iran (E3+3) wurde in erster Linie die letzte Gesprächsrunde in Bagdad besprochen. Das wichtigste Ergebnis sei, dass die Gespräche fortgesetzt würden und der Faden nicht abreiße. Der Umstand, dass man wieder miteinander spricht, war die eigentliche Neuigkeit.

Die Gespräche zu Afghanistan drehten sich um die Frage, wie das Engagement der internationalen Gemeinschaft nach dem – bestätigten – Abzug der Kampftruppen nach 2014 aussehen wird. Hierbei äußerten US-Gesprächspartner eindeutig ihre Vorstellungen: es soll eine UN-mandatierte NATO Komponente geben, die in erster Linie Ausbildungsaufgaben übernehmen soll. Außerdem wird es eine kleine, aber gut ausgestattete bilateral vereinbarte US-Komponente geben, die Anti-Terrormaßnahmen weiterhin durchführen wird. Es soll danach eine parallele NATO-Ausbildungs- und Finanzierungsmission geben. Es besteht die Erwartung, dass die Truppensteller für die Zeit nach 2014 etwa 10% der bisherigen Stärke zur Verfügung stellen.

Mit Blick auf die EU-Schuldenkrise äußerten die US-Gesprächspartner sehr starke Besorgnis über die Entwicklung in der Eurozone (insbesondere Spani-

BÜRO BERLIN
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72247
☎ +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE
WWW.TRITTIN.DE

en). Man fürchte ein Übergreifen der Eurokrise auf die USA, was entscheidend für den Präsidentschaftswahlkampf werden könne, bei dem vor allem die wirtschaftliche Lage im Vordergrund stehe. Die Austeritätspolitik funktioniere nicht und bringe mehr Schaden als Nutzen. Es müssten jetzt umfassende und kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung der Krise in der Eurozone ergriffen werden. Die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise seien nicht ausreichend ("always too little, too late"). Besonders dringend sei die Einrichtung eines Einlagensicherungsmechanismus für die gesamte Eurozone sowie eine Rekapitalisierung der Banken in den Krisenstaaten.

Im aktuellen US-Präsidentschaftswahlkampf zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Kandidaten Obama und Romney ab. Der alles entscheidende Faktor sei die wirtschaftliche Lage und besonders die hohe Arbeitslosenquote. Präsident Obama habe dadurch viel an Zuspruch verloren. Das zentrale Feld der parteipolitischen Auseinandersetzung sei die Steuerpolitik.

Im Einzelnen:

Außen- und Sicherheitspolitik

Umbrüche in der arabischen Welt – Syrien

Die Gespräche zu Syrien fanden unter dem direkten Eindruck des Massakers von Hula statt, das als einschneidendes Ereignis („tipping point“, „game change“) betrachtet wird. Die Situation im Land wurde mit „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ beschrieben. Die UN-Beobachtermission erreichte in diesen Tagen ihre volle Stärke. Die weitgehend geteilte Einschätzung zur Mission ist, dass sie zwar keine Gewalt verhindern konnte, diese aber reduzieren könne und zur Dokumentation der Gewalt bedeutsam sei und daher ermögliche, dass der internationale Druck auf Syrien und Russland wachse. Der beruhigende Effekt der Mission währte nicht lange.

GS Ban sagte, der Sondergesandte Annan habe deutliche Worte gegenüber Präsident Assad gewählt und reise tags darauf (am 30.05.) weiter nach Jordanien, Libanon und Saudi Arabien. Die syrische Regierung mache andere für die Gräueltaten verantwortlich, Annan habe aber keinen Zweifel daran gelassen, wo die Verantwortung liege. Ban selbst ist der Auffassung, die internationale Gemeinschaft müsse auf Russland einwirken und Sanktionen nach Art. 41 in Betracht ziehen. Die aktuelle Lage sein nicht akzeptabel und Russland werde seine Haltung zu Syrien nicht beibehalten können, da es sein Ansehen als ständiges Sicherheitsratsmitglied gefährde. Ban sagte, er sei guter Hoffnung, Russland werde sich nach dem Massaker von Hula bewegen.

Auf die Frage nach Anpassungen des UNSMIS-Mandats erklärte Ban, die Beschränkung auf 300 Beobachter sei einer "praktischen Notwendigkeit" – also einem Kompromiss mit China und Russland - geschuldet. DPKO sehe die Notwendigkeit für eine stärkere Mission. Allerdings handle es sich um eine Hoch-Risiko-Mission. Mehr Beobachter bedeute auch mehr Risiko, dass sie zu Schaden kommen. Der politische Prozess müsse von der Opposition ausgehen, dabei könne die Mission nichts machen.

Zum Annan-Plan hieß es, er sei das einzige, was auf dem Tisch liege. Möglicherweise müssten innerhalb der 6 Punkte Prioritäten gesetzt werden (Freilassung politischer Gefangener, Zugang für OCHA).

Einhellig erklärten die Gesprächspartner, eine Verbesserung der Lage in Syrien sei nur mit Hilfe Russlands möglich. Russland sei immer noch mit Waffenlieferungen zugange und werde Syrien nicht aufgeben, ohne einen Preis zu verlangen. Eine andere involvierte Partei sei Iran (Ausbilder). Die Opposition werde durch Golfstaaten mit Waffen versorgt (u.a. Mörser). So würde dieser Bürgerkrieg auf beiden Seiten weiter befeuert und man befinde sich in einer schwierigen Pattsituation. Russland müsse erkennen, dass Assad nicht mehr gewinnen könne. Er habe die Kontrolle über Teile des Gebiets verloren. Mittlerweile gebe es in Syrien auch eine dritte Kraft, diese würde diffus al Al-Qaida bezeichnet und beabsichtige die Nutzung des Chaos. Zur sog. Jemen-Option für Syrien hieß es, die Lage sei nicht vergleichbar. Das syrische Militär sei zusammenhängend und stünde auf der Seite des Regimes, die Opposition dagegen sei gespalten. In Jemen sei es umgekehrt gewesen. Außerdem sei das Niveau an Gewalt, das vom Assad-Regime bislang ausgegangen ist, um ein Vielfaches gravierender.

In Washington wurde vor der Ausweitung des Konfliktes gewarnt. Der Bürgerkrieg könne die gesamte Region destabilisieren. Daher sei eine diplomatische Lösung zwingend notwendig. Von US-Seite will man insbesondere den G-20 Gipfel nutzen, um bilateral auf Russland zuzugehen. Eine Bewaffnung der Opposition (wie von McCain gefordert) komme für die Administration nicht in Frage, da das den Konflikt nur weiter befeuern würde. Allerdings müsse man sehen, dass die Armee massiv von Russland unterstützt werde. Auf US-Seite gebe es derzeit weder im Außenministerium noch im Nationalen Sicherheitsrat Bestrebungen zu einer militärischen Intervention, obwohl der öffentliche Druck immer größer werde und sich das je nach Entwicklung der Lage ändern könne. Syrien fürchte nur zwei Dinge: Entzug der Unterstützung aus Russland und militärische Intervention. Daher werde man letztere nicht ausschließen, setze aber auf eine Lösung mit Russland. In Russland bestehe - zumindest bis vor dem Massaker von Hula - die feste Überzeugung, Assad würde in Syrien die Lage wieder unter Kontrolle bekommen. Zudem seien die Einflussmöglichkeiten Russlands auf Assad nicht unbegrenzt. Syrien würde auch gegenüber Russland zahlreiche Versprechen nicht halten. Der wichtigste Hebel seien die Waffenlieferungen. Russlands Interesse bestehe jedenfalls darin, am Ende auf der Seite der Sieger zu stehen.

Atomstreit mit dem Iran

In Washington wurde über den Stand der Gespräche mit Iran nach dem jüngsten Treffen der E3+3 mit Iran in Bagdad berichtet. Noch sei offen, ob die Verhandlungsbemühungen fruchteten und Iran ernsthaft beriet sei, Verhandlungen zu führen. Das Treffen habe keine Resultate gebracht. Es sei lediglich erreicht worden, dass der Gesprächsfaden nicht abreißt. Das nächste Gespräch solle in Moskau stattfinden. Diese Einschätzung wurde auch von westlichen UN-Botschaftern in New York geteilt. Tatsächlich würde der Iran die verschärften Sanktionen fürchten. Auch die Furcht vor einem einseitigen israelischen Militärschlag habe bei Iran ernsthafteres Interesse an Verhandlungen ausgelöst.

Afghanistan

Die US-Regierung steht zum Fahrplan der Transition in Afghanistan, der von der NATO/ISAF und Afghanistan in Lissabon beschlossen wurde, ebenso wie zur in Bonn vereinbarten langfristigen Unterstützung Afghanistans. Besonderer Fokus liege auf der Unterstützung der Sicherheitskräfte. Nächste anstehende Termine sind die Konferenzen in Tokio und Kabul. Zur Frage der Verhandlungen mit den Taliban wurde deutlich, dass die USA bedingungslos bereit seien, die unterbrochenen Gespräche wieder aufzunehmen. Ebenso deutlich wurde, dass die USA nach 2014 neben dem Post-ISAF-Engagement der NATO (Ausbildung) auf der Basis bilateraler Vereinbarungen mit der afghanischen Regierung Spezialeinheiten zur Terrorismusbekämpfung einsetzen werden und entsprechende Kräfte vorhalten werden. Auch grenzüberschreitende Operationen seien denkbar. Für das multilaterale Post-ISAF-Engagement solle es möglichst ein neues UN-Mandat geben. Der strategische Operationsplan der NATO sehe eine Trennung der beiden Komponenten vor.

Zur Einschätzung der Gesamtlage wurde betont, dass es durchaus realistische Chancen gebe, das in Afghanistan Erreichte zu konsolidieren. Die Abkommen von Istanbul, Bonn, Chicago und das strategische Partnerschaftsabkommen der USA mit Afghanistan seien wichtige Bausteine gewesen, auf die nun mit den bevorstehenden Konferenzen aufgebaut werden könne.

Die Gesprächspartner wiesen auf das außerordentlich schwierige Jahr für die US-pakistanischen Beziehungen hin. Die USA hätten der pakistanischen Führung nach dem Angriff des Haqqani-Netzwerks auf die US-Botschaft deutlich gesagt, dass es inakzeptabel sei, Dialog mit den USA zu führen und gleichzeitig die USA zu bekämpfen. Man versuche sich über konkrete Themen einander anzunähern. Die Hauptthemen der Zusammenarbeit seien Terrorismusbekämpfung, Versorgungslinien, politischer Prozess in Afghanistan. Die Kooperation mit Pakistan wird als Schlüssel zum Erfolg betrachtet. Bei entsprechend guter Kooperation mit Pakistan könnten die Taliban und Al Qaida in wenigen Wochen besiegt werden.

Finanz- und Währungspolitik

Eurokrise

Gespräche über die Eurokrise fanden bei der US-Notenbank, im National Security Council und beim Internationalen Währungsfonds statt.

Alle Gesprächspartner drückten ihre tiefe Besorgnis über die anhaltende EU-Schuldenkrise aus. Besonders das zögerliche Krisenmanagement, vor allem der deutschen Bundesregierung, wurde angemahnt. Alle Maßnahmen seien zu spät ergriffen worden und hätten nicht genügend Durchschlagskraft gehabt („always too little, too late“). Ein entschiedenes und konsistentes Handeln in dieser Krise sei nicht zu erkennen. Die EU und auch die USA stünden nicht alleine mit der Schuldenkrise. Auch Kanada und die G 20 im Allgemeinen hätten mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. Deshalb blickten nun alle Akteure auf Europa - gemeint aber war Deutschland.

Die Wahrnehmung über die Euro-Krise war in den USA erheblich schärfer als in Deutschland. Die Eurozone steuere in den Augen der Gesprächspartner aktuell auf einen neuen, entscheidenden Krisenhöhepunkt zu. Sorge bereite den USA insbesondere die Möglichkeit eines umfassenden Guthabenabzugs ("bank run") in den Krisenstaaten. Dem könne man wirkungsvoll nur mit einer eurozonenweiten Einlagensicherung begegnen. Nationale Einlagensicherungsfonds könnten die Einleger in der derzeitigen Lage nicht mehr beruhigen. Der ESM sollte zur Rekapitalisierung der Banken in den Krisenstaaten genutzt werden. Außerdem müsse die EZB über weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Situation nachdenken. Die US-Notenbank - die freilich rechtlich andere Möglichkeiten als die EZB habe - sei während der weltweiten Finanzkrise 2008/2009 sehr kreativ gewesen, um eine ausreichende Liquiditätsversorgung der Märkte zu gewährleisten. Auch jetzt stehe sie bereit, europäische Banken stets mit ausreichend Dollarmitteln zu versorgen. Ein Übergreifen der Krise auf die USA sei nicht so sehr von den europäischen Krisenstaaten direkt zu erwarten. Die Gefährdung der US-Banken sei hier begrenzt. Es sei aber zu befürchten, dass die Krise die Eurozonen-Kernstaaten erreiche und von dort auf die USA übergreife.

Die Austeritätspolitik für Griechenland und Spanien habe einen Punkt erreicht, an dem mehr Schaden als Nutzen entstehe. Finanzminister Schäubles Forderung, die Löhne zu erhöhen, sei überraschend und positiv gewesen. Die ökonomischen Ungleichgewichte seien Teil der Krisenursache gewesen. Ihre Behebung werde deshalb auch Teil der Lösung sein. Dies liege gerade im deutschen Interesse.

Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass Strukturreformen, wie sie bislang im Mittelpunkt der Krisenbewältigungsmaßnahmen gestanden hätten, nur mittel- oder sogar nur langfristig helfen würden. Mit Interesse reagierten die Gesprächspartner auf grüne Forderungen nach kurzfristig wirksamen Maßnahmen wie die Einrichtung eines Alt-schuldentilgungsfonds und wachstumsstimulierende Maßnahmen, insbesondere eine Aufstockung der Investitionen. Man teile die Krisenanalyse und stimme darin überein, dass die verantwortlichen Finanzakteure die Kosten der Krise tragen müssten. Für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zeigten sich die US-Gesprächspartner jedoch wenig aufgeschlossen.

US-Innenpolitik

Grover Norquist, Gründer und Präsident des Think Tanks "Americans for Tax Reform", skizzierte die Pläne der Republikanischen Partei zur Reduktion der öffentlichen Schulden in den USA. Seit Mitte der 80er Jahre seien weite Teile der republikanischen Partei gegen jegliche Form von Steuererhöhungen. Unter republikanischer Führung habe es daher mit Ausnahme von Präsident George Bush sen. (dem die von ihm gebilligten Steuererhöhungen seine Wiederwahl gekostet hätten) keine Steuererhöhungen mehr gegeben. Zugleich seien aber ständig die Ausgaben erhöht worden, insbesondere unter Präsident George W. Bush und unter Präsident Obama. Dem müsse dringend Einhalt geboten werden.

Es bestünden gute Aussichten, dass die Republikaner im November 2012 die Mehrheit im US-Senat und 2014 möglicherweise die sog. "super majority" (60 Stimmen) erringen würden. Einer der ersten Schritte eines republikanisch kontrollierten US-Kongresses

werde die Annahme des Schuldenabbauplanes von Rep. Paul Ryan sein. Mit den dort vorgesehenen Einschnitten bei den diskretionären Ausgaben, insbesondere im Bereich von Medicare und Medicaid, werde man beginnen, die föderalen Schulden unter Kontrolle zu bringen. Auf US-Bundesstaatenebene ziele man vor allem auf die Reduzierung der öffentlichen Personalhaushalte und der Schulbudgets. Die Blaupause für den Personalkostenabbau habe Gouverneur Scott Walker in Wisconsin mit der starken Beschneidung der Tarifvertragshoheit der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bereits gezeichnet. Werde Walker die gegen ihn angestregte "recall"-Wahl am 7.6.2012 überstehen, würden die 23 übrigen US-Bundesstaaten, in denen die Republikaner den Gouverneur und die Mehrheit in den jeweiligen Kongressen stellten, das Wisconsin-Modell übernehmen. Die Schulbudgets würden in den US-Einzelstaaten unter republikanischer Führung durch eine Stärkung privater Schulen gegenüber den weniger effizienten öffentlichen Schulen entlastet (Ausgabe von Bildungsgutscheinen an Eltern zur Bezahlung der privaten Schulgebühren).

Neera Tanden, Präsidentin des Center for American Progress, zeigte sich zwar optimistisch, dass Obama die Wahlen gewinnen werde. Sie verwies auf neueste US-Umfragen, wonach 50% der Befragten erklärt hätten, es gehe ihnen wirtschaftlich besser als zu Beginn der Präsidentschaft Obamas. Allerdings räumte sie ein, dass die Wahlchancen Obamas bei 50:50 ("toss up") lägen. Alles entscheidender Faktor sei die wirtschaftliche Lage.

Die Chancen für die Demokraten, das Repräsentantenhaus wieder zu gewinnen, schätze man gegenwärtig bei 40% ein. Im demokratischen Lager sähe man mit Sorge, dass beim gegenwärtigen Trend die Republikaner im Oktober bei den Wahlkampfspenden ca. 15% bis 20% Vorsprung haben würden. Zentrales Feld der parteipolitischen Auseinandersetzung sei die Steuerpolitik. Sorge vor einem kumulativen Effekt Anfang nächsten Jahres sei das Auslaufen der Steuererleichterungen, die unter Bush beschlossen worden waren, eine schwache Binnennachfrage sowie Sequestrierung, die dem öffentlichen Sektor weitere Gelder entziehe und sich nachteilig auf die wirtschaftliche Lage auswirken könne.